

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Bittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Willi Plun in h. m., Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. 1111. — Postfach 1367, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 3 Mk., monatlich 1 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausgabestellen vierteljährlich 2,70 Mk., monatlich 90 Pf. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die 7zeilige Kolonelle 25 Pf., Anzeigen von auswärtig 35 Pf., im Meßmaßteil Zeile 1,05 Mk. Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5255 Berlin.

Nr. 237.

Magdeburg, Mittwoch den 10. Oktober 1917.

28. Jahrgang.

Unterworfen!

Es ist eingetroffen, was am Montag als Ergebnis der interfraktionellen Besprechungen angekündigt wurde: Der Reichstag hat sich nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte verlagert und zunächst den Nachtragsetat mit dem Gehalt Doktor Helfferichs an den Hauptauschuß zurückgewiesen, um dort eine Ausprache mit dem Reichskanzler herbeizuführen. Westarp und Gaebe sprachen, und ihre Gruppen stimmten gegen diese Verschlebung, die aber trotz ihres Widerspruches beschloffen wurde.

Im Anschluß hat nun eine sehr lange Auseinandersetzung stattgefunden — wir berichten darüber unten ausführlich —, und schließlich wurde der Nachtragsetat mit allen Stimmen gegen die Sozialdemokraten beider Richtungen angenommen. Der Ausschuß bewilligt also demselben Dr. Helfferich, der den Reichstag bereits mehrfach brüstierte, eine außerordentliche Stelle und ein außerordentliches Gehalt. So vollzog der Ausschuß eine

vollkommene Unterwerfung,

und es ist für diese Preisgabe des etatmäßigen Mittels, einmal die Macht des Reichstags zu zeigen, nur ein sehr schwacher Trost, daß auch die Regierung dem Konflikt augenscheinlich aus dem Wege zu gehen sucht.

Der selbe Reichskanzler, der am Sonnabend keine große politische Debatte erwartete und keine Zeit hatte, in den Reichstag zu kommen, konnte am Sonnabend abend eine Reise ins Hauptquartier antreten, und jodann am Montag in langer Ausschußberatung mehrfache Erklärungen abgeben, die wesentlich entgegenkommender klingen, als die Steins und Helfferichs im Plenum. Auch der Kriegsminister, der im Reichstag durch die Schroffheit seines Auftretens die Entrüstung ernt hervorrief, die Helfferich dann vertiefte, fand im Ausschuß viel versöhnlichere Worte. In Worten hat es ja in Deutschland nie gefehlt, wenn schon die Taten ihnen oft entgegenstanden. Und gegenüber den Erklärungen des Kanzlers und des Kriegsministers im Ausschuß gilt auch das Wort „Wenn man's so hört, müßte's leidlich scheinen“. Indessen bestehen immer noch sehr starke Zweifel, ob die Regierung die Kraft und den ersten Willen hat, dem

Mißbrauch der Amtsgewalt

zu Parteizwecken wirklich zu begegnen, ihm mit allem Nachdruck und in allen Instanzen zu Leibe zu gehen. Was da im Ausschuß vom „vaterländischen Unterricht“ im Heere mitgeteilt wurde, hat augenscheinlich alle bürgerlichen Abgeordneten befriedigt, auch die Tatsache, daß in den offiziellen, nach der Friedensentscheidung des Reichstags herausgegebenen Verlässen von der Bekämpfung der „Friedensdünelle“ die Rede ist. Daß der Reichstag mit den neuen „Erklärungen“ der Regierungsvertreter sich zufrieden gibt, wird die Hochachtung nicht steigern, die man in Regierungs- und den Kreisen der „Vaterlandspartei“ vor ihm hegt. Es ist eben ein zwar altes, aber um so wahreres Wort, daß jedes Volk die Regierung hat, die es verdient. Und für die Volkvertretung trifft das natürlich in erhöhtem Maße zu.

Damit ist allerdings nicht gesagt, daß die Position der Regierung nach diesen Tagen nun eine glänzende sei, daß etwa der Dr. Michaelis nun besonders Respekt einflößen könne. Ein Kanzler, der erst keine Zeit hat, und durch seinen Stellvertreter eine solche Provokation des Parlaments vollziehen läßt, um hinterher alles auf ein großes Mißverständnis hinausjuzureden, spielt keine glänzende Rolle. Die innerliche Zusammenstimmung zwischen Regierung und Parlament, die auf gemeinsamer Ueberzeugung beruht, kann eben nicht durch eine nützlich zusammengestellte äußere Uebereinstimmung, durch ein kunstvoll

verfleistertes Erklärungswort

erzeugt werden. Wir Sozialdemokraten wollen die Macht des Parlaments, wir wollen das parlamentarische Regierungssystem, aber wir wollen nicht eine bürokratische Regierung, die um des lieben innern Friedens wegen alles auswirft, was man ihr vorsetzt. Eine solche Regierung, die dem Zwang gegebener Machtverhältnisse, nicht der eigenen Ueberzeugung folgt, kann ja auch niemals das Vertrauen des Parlaments und des Volkes erwerben. Man wird vielmehr von ihr voraussetzen, daß sie nur nach einer Gelegenheit ausströbe, um sich von der Last ihres Todes zu befreien. Wir wollen eine Regierung, die handelt, und die

bei ihren Handlungen nur ihrer eignen Ueberzeugung folgt. Daraus aber ergibt sich mit zwingender Folgerichtigkeit, daß in Deutschland heute nur eine Regierung möglich ist, die mit ihrer Ueberzeugung zur Politik der Reichstagsmehrheit steht, vorausgesetzt, daß die Reichstagsmehrheit nicht im entscheidenden Augenblick die

„Angst vor der eignen Courage“

pakt.

Eine solche Regierung würde die Autorität besitzen, die der Regierung Michaelis fehlt und die sie, soweit sie noch vorhanden ist, mit jedem Tage mehr verlieren muß. Michaelis könnte als Mensch, Beamter und Politiker an öffentlicher Achtung nur gewinnen, wenn er heute oder morgen sein Amt in die Hände seines Auftraggebers zurücklegte und diesem riete, einen Nachfolger zu ernennen, der das wirkliche Vertrauen des Reichstags, nicht nur ein um des äußern Eindruckes willen ausgesprochenes, besitzt.

Wir lassen hier den Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses folgen:

Der Hauptauschuß trat am Montag nachmittags 3 Uhr zusammen. Der Anbruch war demnach der geräumige Saal dicht gefüllt war. Die Staatssekretäre waren mit einem großen Schwarm von Geheimräten erschienen. Kurz vor Beginn der Sitzung erschienen der Reichskanzler Dr. Michaelis, der Kriegsminister v. Stein und Staatssekretär Dr. Helfferich. Formell stand wieder der Nachtragsetat zur Beratung, in Wirklichkeit handelte es sich um eine recht ernste und deutliche Auseinandersetzung über die ganze Art, wie die Regierung glaubt, den Reichstag behandeln zu können.

Der Reichskanzler

ergriff sofort das Wort zu folgenden Ausführungen:

Es ist Frage darüber erhoben worden, daß von Seiten von Beamten in unzulässiger Weise Propaganda zugunsten der Vaterlandspartei betrieben worden sei. Ich möchte über die Stellung der mir nachgeordneten Regierungsbeamten folgendes grundsätzlich bemerken. Dabei ist hinzuzufügen, daß für preussische Beamte dieselben Grundsätze gelten:

Für alle Beamten gilt politische Gesinnungsfreiheit. Jeder Beamte kann jeder Partei angehören, sofern sie nicht den Bestand des Reiches oder des Staates gefährdende Ziele verfolgt. Was nach außen hin in die Erscheinung tretende politische Betätigung betrifft, so haben sich alle Beamten selbstverständlich Zurückhaltung aufzuerlegen, damit nicht beim Publikum das Vertrauen in ihre Unparteilichkeit erschüttert wird. Ein Mißbrauch der dienstlichen Stellung nach der Richtung, daß ein Vorgesetzter die ihm nachgeordneten Stellen zwingt oder veranlaßt, zugunsten einer bestimmten Partei Stellung zu nehmen, ist selbstverständlich durchaus unzulässig, und ich möchte nicht, daß von Seiten der Vorgesetzten ein politischer Druck nach irgendeiner Richtung hin gegen die nachgeordneten Stellen ausgeübt wird.

Diese Grundsätze gelten für alle politischen Parteien und Richtungen in gleicher Weise. Sie gelten auch gegenüber der Vaterlandspartei, und sollte aus diesen Grundsätzen abgewichen werden, so kann ich nur annehmen, daß solche Fälle zur Kenntnis der zuständigen vorgesetzten Zentralbehörde gelangen werden, die den Sachverhalt prüfen und gegebenenfalls entsprechend eingreifen wird, und ich bin willens, die Innehaltung dieser Grundsätze zu überwachen.

Auch im Heer ist jede politische Agitation ausgeschlossen. In den mir durch den Herrn Kriegsminister zur Verfügung gestellten Leitungen über den vaterländischen Unterricht, über die wohl noch gesprochen werden wird, ist die Politik ausgeschlossen.

Ich bin mit dem bundesstaatlichen Regierungen beehrte, jauntlichen politischen Meinungen und Strömungen in voller Objektivität gegenüberzutreten und jeder politischen Meinung volle Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Für mich, weil ich überzeugt bin, daß jede Richtung ehrlich das Beste zum Wohle des Ganzen will. Dieses gegenseitige Zutreten zum Besten des Ganzen ist in dem Stande der Meinungen, namentlich auch in den letzten Wochen, in bemerklicher Weise in den Hintergrund getreten und hat eine Form der gegenseitigen Agitation gezeitigt, die ich aufs tiefste bedauere. Jeder im deutschen Volke hat bereitwillig und freudig die Opfer an Gut und warmem Leber gebracht, die von ihm verlangt werden, und ich glaube, daß auch hier in diesem Kreise kaum einer ist, der nicht in dem Gedanken an das, was er darangelegt hat, den hervorragenden Schmerz hinterlassen muß mit einem müßigen „Dennoch!“ Aus solchen opferbereiten Männern setzen sich auch die Gegner zusammen, und wenn wir das im Auge behalten werden, dann ist eine Agitation, wie sie jetzt in die Erscheinung getreten ist, im Grunde ausgeschlossen. Möchten doch die Vertreter der aufeinanderstehenden Meinungen sich vor Augen halten, daß in der Tat nicht die Meinung der Gegenseite in den Wegen und in den Mitteln des entscheidenden ist, sondern das Einseitige und Gemeinliche in den Zielen. Wenn wir das vor Augen haben und uns klar vor

Augen hält, daß wir alle an dem gleichen Stränge ziehen müssen und wollen, dann wird es dahin kommen, daß in der Tat derartige Zusammenstöße, wie sie letzten gewesen sind, aus unserem politischen Leben verschwinden. Das ist jetzt, wie es immer gewesen ist, und jetzt am bedauerlichsten im Hinblick auf die schwere Zeit, in der wir stehen, unsere Pflicht.

Hg. Ledebour gibt seinem Erstaunen Ausdruck über die eben gehörte Rede des Kanzlers, der über Allgemeinheiten nicht hinausgekommen sei. Mit moralischen Ansprüchen an die Vertreter der Parteien erreicht man in dieser Situation nichts. Parteikämpfe sind unvermeidlich. Was sagt der Reichskanzler zu den Beweisen dafür, daß Beamte und Offiziere politische Beeinflussung ausgeübt haben? Wie stellt er sich zum Verhalten Dr. Helfferichs? Der Reichstag muß eine klare Antwort verlangen.

Graf Westarp bestreitet, daß hier eine solche Debatte entfesselt werden dürfe.

Die Abgeordneten Erzberger und v. Payer erklären, daß die jüngsten Vorgänge hier besprochen werden müssen.

Hg. Ebert

bedauert, daß der Kanzler den Streitpunkt aus dem Wege gegangen sei. Er habe dem Kanzler bereits vor 2 Wochen Material unterbreitet. Redner verliest den Erlaß eines Armeekorpskommandos über die Aufklärungsarbeit im Heere. Aus diesem Erlaß ergibt sich, daß die Agitation im Heere sich gegen einen Verständigungsfrieden richtet. Der Reichskanzler hat die Pflicht, die Richtlinien für diese Aufklärungsarbeit mitzuteilen. Am 13. August fand im Kriegsministerium

eine Konferenz der Generale

statt. Dort wurde erklärt, daß man unter Umständen das Vereins- und Versammlungsrecht beseitigen müsse. General Göpke bezeichnete die Arbeiterzeitung als eine Best. Die Einziehung mißliebiger Arbeiter wurde empfohlen. Die Bilder in einer Schmähschrift gegen den Reichstag sind auch in einem Werk enthalten, das vom Auswärtigen Amt herausgegeben worden ist. Etwa 100 000 Mannschaften und Offiziere sind mit der „Aufklärungsarbeit“ beschäftigt. Wo kommt das Geld her? Zur Verteidigung des Vaterlandes haben wir die Mittel bewilligt, nicht aber zur Verheerung der Soldaten.

Hg. Gothein schließt sich dieser scharfen Kritik an. Die jetzt betriebene Agitation der Beamten und im Heere richtet sich auch gegen die Politik des Reichskanzlers. Wie wirkt diese Agitation im Zusammenhang mit den kendenahmen Erklärungen der Regierung? Es muß verlangt werden, daß der Kanzler den Beamten gegenüber seine Politik verteidigt. Wie soll man im Ausland Glauben finden, wenn die Agitation gegen den Reichstag solche Wüten treibt?

Hg. Stresemann gibt der Empfindung Ausdruck, daß die Regierung den ganzen Konflikt hervorgerufen hat. Zu ihrem Auftreten hatten die Vertreter der Regierung keinen Anlaß. Die Armeedari nicht politisiert werden. Man darf das Volk nicht teilen in Vaterlandsfreunde und Vaterlandsfeinde; sie alle verteidigen gemeinsam das Vaterland. Es scheint, als ob der Abgeordnete Ebert die Richtlinien für die Aufklärungsarbeit doch nicht richtig gedeutet hat. Das Heer aber zum Richter über den Reichstag aufzurufen, müsse entschieden zurückgewiesen werden. Verschiedene Generalkommandos achten streng darauf, daß bei den Vorträgen die Politik ausgeschlossen wird. Die mit Bildern versehenen Schrift gegen den Reichstag war zunächst eine Gemeinheit. Das Eingreifen der Generalkommandos gegen das Vereins- und Versammlungsrecht ist zu bedauern, aber die Generalkommandos haben auch im Interesse der Arbeiter einen Druck auf die Innenminister ausgeübt.

Staatssekretär v. Kühlmann: Das Auswärtige Amt hat mit der Schmähschrift nichts zu tun. Sollte ein Beamter des Auswärtigen Amtes daran beteiligt sein, dann wird er entlassen.

Kriegsminister v. Stein: Die Versammlung der Generale hat sich mit Wirtschaftsprüfung befaßt und hat zum Ausdruck gebracht, daß private Streife befürwortet werden müssen.

Auf Aufforderung des Kriegsministers verliest ein Major die Richtlinien der Obersten Heeresleitung, die am 21. Juli 1917 ausgearbeitet sind. Darin wird hingewiesen auf die Notwendigkeit des Ausstehens. Die Vorgesetzten werden aufgefordert, aufklärend zu wirken. Diese Arbeit ist für jede Division einseitig geregelt. Ferngehalten muß alles werden, was die Truppen einseitig beeinflussen kann. Die Aufklärung muß zuverlässig sein. Das Kriegsressort befragt das zu der Aufklärung notwendige Material. Diejenige Zwecke dienen Vorträge, Kinos, Zeitungen, Bücher, Theater usw. Bei den Vorträgen ist keine Diskussion zugelassen, aber es ist ein Fragekasten eingerichtet. Außerdem sind Auskunftsstellen bei den Divisionen eingerichtet. Gebiete der Aufklärung sind: die Ursachen des Krieges, die wirtschaftliche Entwicklung, die Folgen einer Niederlage Deutschlands, die gestörte militärische Lage, die Treue zum Kaiser und zu den Landesfürsten, wirtschaftliche Fragen.

Einfluß der Friedensdünelle

Am 15. September 1917 ist eine weitere Verfügung ergangen, in der die Aufklärungsarbeit in „vaterländischen Unterricht“ umgestaltet wurde. Dieser Unterricht ist auch in der Erziehungstruppenzeilen einzuführen. Erörterungen über Kriegsziele sind keine Unterrichtsgegenstände, wenn aber ein Soldat danach fragt, dann soll ihm Auskunft gegeben werden.

Kriegsminister v. Stein (fortfahrend): Die Erfahrungen mit diesem Aufklärungsdiens sind fortgesetzt ausgetauscht. Es können Auswüchse vorkommen; diese werden aber beiseite gelassen. Es besteht nicht die Absicht, Politik in die Arme zu bringen. Er würde dagegen mit aller Strenge auftreten. Oberst Weis erklärt, daß die Kosten aus den Kriegskosten gedeckt werden. Private Mittel kommen nicht in Frage.

Abg. Dr. David:

Mit dieser „Aufklärungsarbeit“ hat man die Politik in das Heer hineingetragen. Das beständige Laufen von Soldatenbriefen. Die Heeresverwaltung scheint selbst das Bedenken ihres Vorgehens einzusehen; deshalb auch ihr zweites Verbot. Wenn in den Zeitungen gesagt wird, wir müssen uns gegen Friedensdubiose wenden, so sind das Dinge, die mitten hinein in die Erörterung der Kriegsziele führen. Und alles das einige Tage nach der Friedensfundgebung des Reichstags! In unserm Heere stehen ungezählte ältere Leute, die von Politik mehr verstehen als die zur Aufklärung berufenen Offiziere. Der „Aufklärer“ ist außerdem Vorgesetzter, der keinen Widerspruch kennt. Mindestens müßte man freie Diskussion gewähren, sonst muß Nichtstimmung unter den Mannschaften entstehen.

Wenn der Kriegsminister von Flugchriften redet, dann soll er das nicht vermischen mit der Kundgebung des Reichstags. Wenn man die Einheit des Volkes will, dann darf man in dieser Weise nicht verfahren. Hedner verliert sich in die Armeekörpers, die Aufgaben enthalten, die sich in keiner Weise als zutreffend erweisen haben. Die ganze Tätigkeit der Vaterlandspartei muß kriegerischer werden. Tatsache ist, daß in amtlichen Bureaus Beiträge für die Vaterlandspartei entgegengenommen werden. Bei Verteilung der Protokolle gibt man den Bräunern alldemokratischer Flugblätter mit. Dagegen mocht man sozialdemokratischen Hednern die größten Schwierigkeiten, wenn sie in Versammlungen für die Friedensfundgebung des Reichstags eintreten wollen. Mit den Auskünften, die bisher gegeben worden sind, dürfte der Reichstag nicht zufrieden sein.

Abg. Mertin findet, daß die von der Heeresverwaltung aufgestellten Zeitläge völlig einwandfrei sind.

Abg. Graf Westarp: Seine Freunde hätten nicht den Wunsch, Parteipolitik in das Heer zu tragen, aber die Soldaten müßten über die auswärtige Politik aufgeklärt werden. Die gebotenen Zeitläge seien nach Form und Inhalt völlig einwandfrei. Die Vaterlandspartei, die dem Reichstag zugehört, ist heute auch er für ein eifelhaftes Produkt. Wenn sich Generale darüber unterhalten, wie Strafe vermeiden werden können, so sei dagegen nichts einzuwenden. Die ganze Situation läge sich nicht so geüßelt, wenn nicht die Mehrheit des Reichstags jeden Augenblick immer sofort auf sich bezöge.

Abg. Erberger: Der letzte Sonnabend war kein glücklicher Tag, die Schuld trifft aber nicht den Reichstag. Der Kriegsminister und Dr. Hefflerich hätten sehr ungeschickt operiert. Fast sofort zu antworten, hat man den Reichstag angegriffen. Die Erklärungen, die im Plenum morgen abgelesen werden, dürfen völlige Klarheit schaffen. Der Reichstagsminister müßte einwandfrei im Reichstag erklären, daß er die Agitation der Bräunern nicht billige. Die Vater in der Schwabacher Zeitung ein solches Material, es müßte festgestellt werden, wer dieses Material zur Verfügung gestellt habe, sei auch von den Bräunern eine Einwendung nicht gemacht werden. Ein verletzendes Wort werde niemand in seiner Rede ausgesprochen. Wenn man „einen Ton“ herausgibt, dann mag man sich begeben, daß er, nach ehe er überhaupt ein Wort gesprochen, mit nicht gerade freundlichen Worten begrüßt und im weiteren Verlauf kaum

einen Satz ohne Zwischenrufe und Unterbrechungen habe beenden können.

Abg. Dove: In der Front habe er überall den Wunsch gehört, daß der Krieg bald beendet sein möge. Nur an einer Stelle habe man Kritik an der Friedensfundgebung des Reichstags geübt. Dieser Stelle sei aber entsprechend gedient worden. Die Behauptung des Kriegsministers, Abg. Landsberg habe mühsam zusammengekauft Material gehabt, mußte im Reichstag Empörung auslösen.

Abg. Landsberg:

Der Rärm im Reichstag entstand, als der Kriegsminister mit einer ungeschicklichen Gehärde des Rigorismus vor „mühsam zusammengekauftem Material“ sprach. Das war eine Provokation des Reichstags. Graf Westarp hat am letzten Montag, empfindlich zu sein, gerade er hat mehrmals Abgeordnete mit Stenogramm angegriffen, obwohl er früher, höherer Polizeibeamter war. (Größe Heiterkeit.) Die Anweisungen, die wir heute gehört haben, sind offenbar nicht das einzige, was man hinausgeschrien ist. Außer Zweifel steht, daß in der Armee alldemokratisch geübte Brochüren und Flugblätter verbreitet wurden. Neben zitiert Teile aus den Zeitungen einer Division, die sich mit den allgemeinen Zeitungen nicht decken, die im Gegenteil direkt eine Anweisung zur Agitation im alldemokratischen Sinn aufweisen. In einer von einem Generalkommando einberufenen Konferenz sind laut Protokoll die Kriegsziele erörtert und die Meinung vertreten worden, auch die Kriegsziele zum Gegenstand des vaterländischen Unterrichts zu machen. Dabei wurde besonders empfohlen, bei Mannschaften, die aus industriellen Arbeitern bestehen, recht vorsichtig zu sein, bei Mannschaften, die vom Lande kommen, könne man sich eher gehen lassen. Will man getreuen, daß in der Armee Mitglieder für die Vaterlandspartei werben werden? Der Reichstagsminister muß im Plenum eine Reihe Erklärungen abgeben, insbesondere darf die Verjammerungslosigkeit zugunsten der Friedensfundgebung nicht unterhandelt werden, sowie daß jede Agitation im Heere verboten wird.

Reichstagsminister Dr. Michaelis teilt zur Ergänzung der Erklärungen des Staatssekretärs Hefflerich in der Plenarsitzung vom Sonntag mit, daß seitens der Reichsbehörden von den ihnen nachgeordneten Stellen Berichte über eine etwaige Beeinträchtigung der Unternehmung durch die Agitation im Interesse der Vaterlandspartei eingeholt worden seien. Das Material, das bisher vorliegt, sei äußerst spärlich; es beschränke sich auf fünf Einzelfälle von unangeordneter Bedeutung, die durch die Heeresverwaltung zur Kenntnis der Reichsleitung gekommen seien. Selbstverständlich werde in allen diesen Fällen das Erforderliche veranlaßt werden. Auch der preussische Minister des Innern habe einen Erlaß an die nachgeordneten Stellen herausgegeben, daß jeder Versuch der heimlichen Herstellung zur Ausübung eines politischen Druckes oder einer politischen Beeinträchtigung auf Unternehmung unzulässig sei, und wenn er vorzukommen, nicht geduldet werden würde. Der Reichstagsminister geht dann auf die Zeitläge der Heeresverwaltung über den vaterländischen Unterricht ein, die ihn, als sie zu seiner Kenntnis gelangt seien, zunächst beunruhigten. Man könne nicht leugnen, daß die Heeresverwaltung in diesen Zeitlägen unbedingt handeln müsse, in welcher Form einen geschickten Plan der Aufklärung anzugehen. Daß die Heeresverwaltung die Politik und den politischen Streit vom Heere fernhalten wolle, sei selbstverständlich und in den Zeitlägen ausdrücklich hervorgehoben. Entsprechend seien bei einem so schwierigen Apparat und bei der Beteiligung so zahlreicher Ausführenden die Grenzen immer zu ziehen und Fehler und Entgleisungen im einzelnen nicht zu vermeiden; das habe der Kriegsminister ja auch ohne weiteres zugegeben. Um dieser Fehler und Entgleisungen willen, die bei dem Apparat und ausgemerzt werden sollen, könne man aber nicht die ganze Organisation auseinanderlassen lassen und die Aufklärungsarbeit einstellen, die, wie gesagt, erforderlich sei. Wenn man allgemein die Politik aus der Aufklärung des Heeres fernhalte, so verleihe es sich von selbst, daß auch eine

Artikel unter Aufsicht des Kapts

innerhalb des Aufklärungsumfanges unzulässig ist. Wenn hiergegen keine Vorkehrung noch getroffen würde, so würde eine ungeschickliche Beeinträchtigung in der nächsten Ergänzung der Zeitläge geschehen, um das abzuhelfen.

Der Reichstagsminister betont zum Schluß nochmals, daß es sein Wille sei, allen Klagen und Entwürfen des politischen Lebens mit unbedingter Objektivität gegenüberzutreten und allen volle Genugtuung widerfahren zu lassen.

Kriegsminister v. Stein: Er sei immer offen gewesen, viele Zeitläge als die von ihm bekanntgegebenen anzusehen, treffe nicht zu. Er habe einer Armeekorps abgeraten, Mitglieder für die Vaterlandspartei zu werben, solange man nicht wisse, ob das eine politische oder nichtpolitische Partei ist. Die Referenten über die Aufklärungsarbeit müßten mitunter zu Konferenzen berufen werden. Eine Agitation für Kriegsziele sei in der Armeekorps nicht gestattet.

Abg. Lebebour bedauert, daß die Debatte sich in Einzelheiten verloren habe. Die Zeitläge sind in der Tat ganz nett, aber damit habe man doch keine Gewähr, daß nicht trotzdem alldemokratische Politik getrieben werde. Wenn die Soldaten noch geistiger Kost hungrig, warum verbiete man dann Arbeiterblätter? Den Offizieren hied es nicht schwerfallen, Agitation in alldemokratischem Sinne zu treiben.

Abg. Giesberts betont, daß auch Arbeitersekretäre zu der militärischen Aufklärungsarbeit herangezogen worden sind.

Abg. Kretsch nimmt die Regierung in Schutz, die auch das Recht haben müsse, sich zu wehren. Landsberg habe die denkbar unangenehmsten Dinge in angenehmer Form vorgebracht, die aber deshalb nicht minder berlegend wirken mußten. Die Aufklärung im Heere sei eine dringende Notwendigkeit. Am Sonntag Bethmann-Hollweg seien die Konservativen in keiner Weise beteiligt gewesen.

Abg. Dr. David: Die Vorgänge in den Konferenzen der Referenten beweisen, was aus den Zeitlägen gemacht werden könne. Die Lehmannsche Broschüre sei in der Armeekorps stark verbreitet worden, wogegen sozialdemokratische Zeitungen verboten werden. Daß für die Aufklärungsarbeit im Heimeatsbereich öffentliche Mittel angewendet werden, sei auf keinen Fall zu billigen. Auch dem Aufzug müsse ein Ende gemacht werden, daß in den Schulen Propaganda für die Vaterlandspartei gemacht wird.

Nach einigen Ausführungen der Abgg. Wasthcin und Kretsch bemerkt

Abg. Ebert, daß die Erklärungen vom Regierungstisch in keiner Weise befriedigen können. Das hätte nur der Fall sein können, wenn der Kanzler erklärt hätte, daß keinerlei politische Agitation im Heere stattfindet, daß die „Aufklärungsarbeit“ in der Heimat eingestellt wird, und daß jede Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts unterbleibt, sowie daß das Verbot der Literatur für den Verständigungsfrieden aufgehoben wird.

Reichstagsminister Dr. Michaelis: Daß im Heere keine politische Agitation, auch nicht durch diese Aufklärung, getrieben werden soll, das habe ich im Verein mit dem Herrn Kriegsminister ausgesprochen. Daß Versammlungen nicht verboten werden sollen aus dem Grunde, daß sie sich mit der Begründung und Verteidigung der Reichstagsresolution beschäftigen, das habe ich treffen wollen durch die Worte: Ich werde alle Klagen und Entwürfen mit voller Objektivität gegenüberübernehmen. Was die heimatische Aufklärung betrifft, auf die nur mit einem Male verzichtet werden soll, so bin ich nicht in der Lage, hierüber heute eine Erklärung abzugeben. Das ist eine Sache, die derartig in die militärische Gewalt eingreift, daß ich mich selbstverständlich vorher, ehe ich eine derartige Erklärung abgebe, mit der Obersten Heeresleitung in Verbindung setzen muß. Ueber die Fernfragen wird ja noch er anderer Stelle gesprochen, so daß die Sache im Zusammenhang mit den übrigen Erklärungen, die auf dem Gebiet der Zensur abgegeben werden müssen, erledigt werden kann.

Abg. Lebebour: Wir Sozialdemokraten sollten diesmal der Regierung kein Vertrauenstimmen ausstellen.

Abg. Ebert: Wir haben der Regierung nach wie vor ein Vertrauenstimmen ausgestellt, meine Fraktion wird entscheiden, ohne Rücksicht auf den Abgeordneten Lebebour.

Damit war die Debatte erschöpft.

Ein Antrag Lebebour:

Die Aufklärung im Heere darf sich nur auf dienstliche Angelegenheiten beziehen. Jede politische Beeinflussung ist untersagt. Der Aufklärungsdiens in der Heimat ist sofort aufzugeben,

wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten abgelehnt. Der Nachtragsetat wurde dann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten bewilligt. —

Was der Krieg bringt.

19500 Tonnen.

Ausflug nach Geneset:
Im Sperrgebiet am England wurden durch neue U-Boote wiederum 19500 Fruchtmitteltonnen zerstört. Unter den zerstörten Schiffe befinden sich der englische bewaffnete Dampfer „Joseph Chamberlain“ mit Fruchtmittel, sowie der russische bewaffnete Dampfer „Amirale“, der Fracht geladen hatte. —

Was ein U-Boot versenkt.

Einem englischen Dampfer entzogen wir folgende Mengen:
Solche Schiffsverluste der Tätigkeit unter U-Boot zum Opfer fallen, geht wiederum aus dem Bericht eines kürzlich in einem Staatsrat parlamentarischen U-Boote berichtet, das auf seiner Kreuzfahrt im Mittelmeer, sowie festgestellt werden konnte, u. a. namentlich hat: 2653 Tonnen Reis, 1000 Tonnen Get, 1245 Tonnen Salz, 1000 Tonnen Mehl, 1000 Tonnen Wein, 700 Tonnen Obst, 12 Schmalztonnen.
Die drei U-Boote waren nach Frankreich und Italien bestimmt. Erst nach der Zerstörung dieser U-Boote mit Fruchtmittel einem U-Boot von 15 Januar für eine Zerstörung festgestellt, so wurden die verbleibenden 417 000 Zentner Reis für 27 000 Zentner Fruchtmittel festgestellt. Mit der verbleibenden Fruchtmittel von 1000 Tonnen Reis unter Fracht bei einem Lagerpreis von 5 Pfund für ein Reich 33333 Pfunde eines ganzen Monats lang verloren. —

Staatszuschuß für Lebensmittel.

Auf dem Lebensmittelmarkt herrscht seit längerer Zeit Steigerung der Preise für alle vorkommenden Ge-

brotsorten. Die Erhöhung der Weizen- und Roggenpreise und die Weiterentwicklung der Frühdrückprämie von 60 Mark für die Tonne haben natürlich zur Folge, daß dieser erhöhte Preis in einem Aufschlag der Brotpreise dem Konsumenten zum Bewußtsein kommen wird. Die weitere Folge ist, daß, da auch für Hafer und Gerste die gleiche Vergünstigung der Landwirtschaft geboten ist, für Graupen, Getreide und Feingraupen die Preise entsprechend erhöht werden. Die Kartoffelpreise erhöhen sich von 4 Mark im vorigen Jahr auf 5 und 6 Mark für den Erzeuger, dazu treten ähnlich wie beim Roggen noch besondere Zuschläge für die Mengen, die bis zum 15. Dezember abgekauft werden, so daß mit einem Kleinhandelspreis von 9 bis 10 Mark und darüber pro Zentner zu rechnen ist.

Erhöht werden die Preise für Butter, für Zucker, und dazu kommt die hohe Preissteigerung für Gemüse, Obst, Fleisch, das ganze Haushalt hat abermals mit einer sehr unangenehmen Steigerung der Ausgabe zu rechnen.

Diese Preissteigerungen sind trotz aller sehr energischen Gegenmaßnahmen unserer Seite immer wieder im Kriegernährungsgebiet zum Durchbruch gekommen, wir leben mit Defizit zum Zustand entgegen, der sich im Haushalt der Arbeiterfamilien einstellen mag. Dieser Zustand ist unhaltbar, es muß zugunsten der Arbeiterfamilien eine Unterbrechung einleiten, die die Konsumenten der armeren Bevölkerung entgegenhält. —

den Preissteigerungen im Winter geteilt.

und, so müssen wir mit aller Entschiedenheit fordern, daß die Regierung den Weg wählt, den bereits andere Staaten beschritten haben, und zwar nämlich die Preise für die unbedeutendsten Lebensmittel durch Subsidien, die der Staat gewährt, herabgedrückt werden. Dabei ist die Form der Unterbrechung abzuwägen, wobei auf öffentlichen Verkehr an die Arbeiterfamilien nach im wesentlichen in der Form von kleinen Zusatzen gemacht werden

sondern es muß durch direkte Subvention eine Herabsetzung der Preise herbeigeführt werden.

Sehr beachtenswert ist das Beispiel der Schweiz. Dort werden der ärmeren Bevölkerung bei der Abgabe von Milch und Brot Zuschüsse gewährt. Allein für die Milchabgabe hat die Schweiz in den ersten drei Monaten dieses Jahres 1 Million Frank angewendet, und der billige Bezug des Brotes kam im August dieses Jahres 620 000 Personen zugute. Auch England, Frankreich und Italien müssen die hohen Preise für ausländischen Weizen aus der Staatskasse decken, damit der Brotpreis in mäßiger Höhe gehalten wird. Bei der gegenwärtigen Preislage der rationierten Lebensmittel wird die Regierung, die Belastung, die für die ärmeren Volksteile so außerordentlich hart und schwer wird, durch Zusatzen mildern müssen. Wenn man keine Bedenken trägt, allein durch Frühdrückprämie und die besonderen Zuschüsse für Kartoffeln

der Landwirtschaft ungefähr 400 Millionen

zugewenden, dann mag das Reich diese besonderen Anwendungen decken. Vielleicht kommen wir dann dazu, daß in der Reichsverwaltung mit mehr Gefühl der Verantwortung die Preispolitik betrieben wird. Wir haben bereits bei der erhöhten Inflation in diesem Jahre diesen Staatszuschuß eingeführt. Sollen wir nicht bei der gegenwärtigen Preispolitik unsere Bevölkerung in schwere Bedrängnis bringen, muß der Weg weiter beschritten werden.

Wir verkennen nicht, daß grundsätzlich hiergegen erhebliche Bedenken geltend gemacht werden können; es ist kein angenehmes Gefühl, daß für die Landwirtschaft, die während des Krieges hohe Gewinne erzielt, direkte Staatszuschüsse gewährt werden. Aber es gibt leider kein anderes Mittel, um, wenn die Preispolitik nicht geändert wird, die Wirkung einer solchen verkehrten Politik auf die großen Volksmassen abzumildern. Der Haushaltsanschluß des Reichstags hat sich in der Sitzung am 1. Oktober mit dieser Frage beschäftigt; Anlaß bot ein sozialdemokratischer An-

trag, der verlangte, daß die besonderen Zubehörungen für den Frühlings- und Sommerbedarf und der zeitigen Anlieferung der Kartoffeln vom Reich getragen werden. Der Antrag gelangte einstimmig zur Annahme, und vom Reichsfinanzamt ist die Zusage erteilt, daß dem Verlangen nicht nachgegeben werden soll.

Weniger befriedigend ist der zweite Teil des Antrags erledigt, der forderte, daß weiter für alle wichtigen Nahrungsmittel eine

Kreisförmige Zuteilung durch Zuschüsse des Reiches für die Minderbemittelten herbeigeführt wird. Der Haushaltsausschuß hat sich nicht grundsätzlich ablehnend zu der Frage verhalten, aber er hat entsprechend einem konservativen Antrag beschlossen, daß zu diesen Kosten auch die Gemeinden beizutragen haben. Bei der Ueberlastung der Gemeinden wurde von den sozialdemokratischen Vertretern hiergegen Einspruch erhoben, da das Reich der Träger der Lasten des Krieges sein muß. Da vom Reichsfinanzamt grundsätzlich kein ablehnender Standpunkt eingenommen wurde, läßt sich erwarten, daß dem Wunsche des Reichstags entsprochen wird.

Der Erfolg, den die sozialdemokratische Fraktion mit ihrer Forderung zu verzeichnen hat, ist von größter Bedeutung, und es wird weiter die Aufgabe der Partei sein, namentlich auf eine recht schnelle Durchführung des Verlangens zu drängen.

Durchhalterespeck.

In der „Leipziger Volkszeitung“ lesen wir:
Etwa 150 Pfund Speck, Schinken, Rauchfleisch, Würste und Fett wurden der Volksschule und dem Lazarett in Burgstädt von der Stadtverwaltung zugewiesen, die bei dem Fabrikbesitzer Richard Gundermann in Burgstädt beschlagnahmt waren. Diese Ware war aus Schlesien eingetroffen und als friische Keffel deklariert. Wie groß der Bedarf des Herrn Gundermann an solchem „friischen Obst“ gewesen, geht daraus hervor, daß seit Mitte Juli dieses Jahres fünf weitere Sendungen bereits eingegangen waren, die unter ähnlicher Deklaration verhandelt wurden.

Wie das Leipziger Blatt weiter mitteilt, ist Herr Gundermann der Bezirksvorsteher des Militärvereins im Rochlitzer Bezirk und hat als solcher sich ebenso stark in Sozialistenbekämpfung wie in der Mahnung zum „Durchhalten“ an seine Kameraden betätigt. Als nun der bei ihm beschlagnahmte Speck in der Volksschule ausgegeben wurde, fand die Volkstimme dafür den Namen „Durchhalterespeck“. In der Tat, wer selbst über so viel „friische Keffel“ verfügt, wie Herr Gundermann, für den muß es eine Kleinigkeit sein, den ändern, die sich mit ihrer Ration begnügen müssen, das „Durchhalten“ zu predigen.

Der Lebensmittelwucher blüht.

In der „Münchener Zeitung“ vom 24. September findet sich folgende vielversprechende Anzeige:
Gute Anlage — ohne jedes Risiko!
Eine Fabrik, G. m. b. H., der Nahrungsmittelbranche sucht sofort auf ein Jahr geg. hypoth. Sicherstellung ein Kapital von 200 000 Mark, im ganzen oder geteilt. (Kriegsanleihepapiere!) Eine Kapitalrente von 24 Prozent wird als Dividende garantiert und auf Wunsch monatlich mit 4000 Mark vergütet.
Gesch. Offerten von ernstlichen Selbstinteressenten erbeten unter Z. 1019 an die Exped. d. Bl.

Während die Massen infolge der unerwartungswidrigen Preise sich die notwendigen Nahrungsmittel kaum mehr beschaffen können, steht der Lebensmittelwucher, wie die vorstehende Anzeige beweist, in hoher Blüte und streicht unangefochten riesige Gewinne ein.

Deutsche Theaterkultur.

In Mannheim fand in den letzten Tagen des September die erste Generalversammlung des vor ungefähr Jahresfrist gegründeten Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur statt. Die Gründungsversammlung hatte seinerzeit in Hildesheim stattgefunden, und durch völkische und katholische Tendenzen, die sich bei den Debatten stark in den Vordergrund gedrängt hatten, war der Verband bei einem Teile der öffentlichen Meinung in den Verdacht geraten, daß man es bei ihm nicht mit einem völlig einwandfreien Organ der Kunstpflege zu tun habe. Den erwähnten Tendenzen wurde allerdings über auf der Hildesheimer Tagung sofort ein starkes Verbot erteilt, besonders durch das Eingreifen der Vertreter der Deutschen Bühnengenossenschaft, ihres Präsidenten Niekelt und ihres Reichsverbandes Dr. Seelig. Außerdem wurde auch im Verlauf der einjährigen Tätigkeit des Verbandes kein partieller Charakter immer mehr ausgeprägt, besonders durch Hinzutritt und Mitarbeit künstlerischer Personen und Verbände, literarischer Persönlichkeiten von anerkannter Aulse, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, Arbeiterbildungsausschüssen und Gewerkschaften; auch die Generalkommission der Gewerkschaften ist vor einigen Monaten dem Verband beigetreten und hatte als ihren Vertreter den Gewissen Knoll nach Mannheim entsandt. Trotzdem fehlte es nicht an Anfeindungen des Verbandes, die besonders in Berlin ihren Sitz hatten. Man sah dem starken Hervortreten des geschäftsgewandten, persönlich zur Zentrumsparkei gehörigen, Generalsekretärs Gerth eine Gefahr, auch glaubte man die Freiheit der Kunst durch die Verbandstendenz gefährdet. Nach der jetzt stattgefundenen Mannheimer Tagung des Verbandes dürfen alle solche Befürchtungen als unbegründet angesehen werden.

Die Mitgliederversammlung hatte sich zuerst mit dem Jahresbericht, der ein erfreuliches Wachstum des Verbandes zeigte, hauptsächlich mit Satzungsänderungen zu beschäftigen. Diese Änderungen haben vor allen Dingen die Vertiefung des Verbandes umgewandelt. In Zukunft liegt die Arbeit nicht mehr vornehmlich in den Händen eines einzelnen Person, sondern ein festgesetztes ständiges Verwaltungsgremium ist für den Verband zu ernennen.

Dieser Verwaltungsrat aber bietet durch seine Zusammensetzung ausreichende Garantien dafür, daß die gute Sache des Verbandes selbst und nicht irgendwelche Nebenabsichten bewußt oder unbewußt die Richtung seiner Tätigkeit bilden. Er besteht aus folgenden Personen: Landrat von Stockhausen (Hildesheim) Vorsitzender; Heinrich Schulz, M. d. R. (Berlin), stellvertretender Vorsitzender; W. G. Gerst (Hildesheim), Schriftführer; Chefredakteur A. Kirchhuth (Magdeburg), Rechnungsführer; Intendant Dr. Karl Sagemann (Mannheim), Dr. Karl Theodor Kämpf (Berlin), Justizrat Lenzberg (Hannover), Präsident der Bühnengenossenschaft Gustav Niekelt (Berlin), Syndikus Dr. Ludwig Seelig (Mannheim), Dr. Springner (Berlin, Freie Volkshöhne) und Dr. Ernst Leopold Stahl (Heidelberg), Beisitzer.

Eine weitere Satzungsänderung besteht in der Neuaufnahme eines Paragrafen, der den angeschlossenen Vereinen und Körperchaften volle Freiheit des künstlerischen Schaffens und Denkens sowie die unbedingte Selbständigkeit ihrer Organisation gewährleistet. Der Verband ist dadurch viel bestimmter als früher zu einem großen Zweckverband geworden, der alle möglichen Personen und Vereine zusammenfaßt, ohne Rücksicht auf ihre politische, religiöse und sonstige Tendenz, um durch ihre gemeinsame Zusammenarbeit eine wirklichere Hebung und Förderung des deutschen Theaters zu erzielen, als sie durch vereinzelt gezielte Vorgehen möglich wäre.

Die Aufgaben des Verbandes legte in einer öffentlichen Rundgebung im Rosengarten in Mannheim unter Genosse Reichstagsabgeordneter Heinrich Schulz dar. In dem Bestreben, gute Theateraufführungen für möglichst große Kreise des Volkes zu veranstalten, könnten sich alle Weltanschauungen zusammenschließen. Es bleibe dabei jedem einzelnen Zuschauer einer guten Vorstellung überlassen, seine eigene Art der inneren Erhebung aus der Vorstellung zu gewinnen.

Außer dem Genossen Heinrich Schulz sprach in der Rundgebung noch der Intendant des Mannheimer Hoftheaters, Doktor Sagemann, der in sehr feinsinniger Weise das Thema Theater und Kultur behandelte und dabei besonders dem Whilhelmer Kampf anging, sowie Syndikus Dr. Seelig über die Notwendigkeit eines Reichstheatergesetzes.

Zu der Reichstagsvorlage über die behördliche Konzeptionierung bei Errichtung neuer Theater nahm die Mitgliederversammlung noch lebhafter und interessanter Debatte, an der sich besonders Stephan Großmann beteiligte, eine Entschlieung an, die zwar den Willen der Regierung, sich zukünftig des Theaters anzunehmen, anerkannte, in der Verhinderung des Konzeptionsrechts durch Einführung der Bedürfnisfrage aber eine ausreichende Lösung des Theaterproblems nicht erblicken konnte und den Verwaltungsrat mit der weiteren Vertretung der Angelegenheit beauftragte.

In der Frage der Theaterzensur wurde nach einer Besprechung, in der die gegensätzlichen Meinungen bestimmt, aber völlig sachlich ausgetragen wurden, gleichfalls beschlossen, den Verwaltungsrat damit zu beauftragen, für die Beilegung der durch das heutige Theaterzensurwesen geschaffenen Mißstände die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Es ist anzunehmen, daß nach der Klärung, die die Feststellungen des Theaterführerverbandes in Mannheim erfahren haben, in Zukunft auch die Arbeiterorganisationen, besonders die Bildungsausschüsse, tatkräftig mitarbeiten werden, wie sie bisher schon, oft ohne Unterstützung von Bürgerlicher Seite, das Möglichste getan haben, um den Arbeitermassen die Liebe zur Kunst einzuprägen.

Das moderne Babylon.

Je länger der Krieg dauert, desto größer wird das Volkergemisch, das in Frankreich zusammenströmt. Schon heute ist die Bevölkerung unter diesen Ententebrüdern und -schwestern schwer genug. Wie sehr man sich dabei anstrengt, darüber plaudert ein Mitarbeiter des „Oeuvre“ in launiger Weise.

Man will uns erzählen, schreibt er, daß der Turm zu Babel deshalb nicht zustande gekommen ist, weil seine Erbauer nicht dieselbe Sprache sprachen. Das ist nach den Erfahrungen, die man täglich in Paris machen kann, im höchsten Grade unwahrscheinlich. Man braucht nur dieselbe Sprache zu reden, um zu entdecken, daß man sich nicht versteht.

Ich besuchte dieser Tage einen dieser Gasthöfe, die im Kriege kosmopolitisch als je sind, sowohl was die Kundenschaft als auch die Speisefarte und das Dienstpersonal anbelangt. Am Nachbartisch saß eine junge Pariserin mit einem Amerikaner. Sie blättern alle beide krampfhaft in einem Taschenwörterbuch, um darin die Grundelemente einer möglichen Verständigung zu finden. Um 1/2 10 Uhr setzte der Wirt sie vor die Tür. Sie hatten noch kaum etwas gegessen und nicht viel mehr geredet. Aber sie zogen beglückt und untergefaßt davon. Sie hatten sich auch so verstanden.

Nicht weit davon saß ein englisch-französisches Paar. Die redeten alle beide zu gleicher Zeit lebhaft aufeinander ein, er auf englisch, sie auf französisch. Sie bildeten sich ein, sie unterhielten sich. Und wenn einer von ihnen glaubte, einen Witz gemacht zu haben, und sich darüber auszubursten, lachte der andre mit, aus purer Sympathie und Gerälligkeit.

Im einem andern Tische wieder strengte sich eine Mademoiselle an, sich mit einem Kanadier zu verständigen. Sie bediente sich dazu eines Jargons, den sie von dem Schwanz im Jargon haben mochte oder von dem Hornschaf aus Lintel Loms hätte, eine Sprache, die jedenfalls mehr mit Vögelzungen als mit Englischen Ähnlichkeit hatte. „Du esser gute Suppe mit französische Früchtein. Mir sein zufrieden, sehr zufrieden, heß, essen können.“ Der Kanadier beantwortete jeden Satz strahlend mit einem „Acht!“ „Ach in nämlich das A und O der englischen Unterhaltung. Es kommt bloß auf die Betonung an. Und die beiden verstanden sich ausgezeichnet auf diese Weise.

Aber ich sah auch ein sehr elegantes, sehr kokettes Paar. Beide Vollblutpariser, beide sprachgewandt, ob, viel zu sprachgewandt. Denn die vergifteten Pfeile, die sie sich im Verlauf ihrer Wahlzeit hin- und herübergeschickten, waren nicht zu zählen. Ach, wenn doch er nur spanisch und sie nur chinesisch gesprochen hätte, wie glänzend würden auch sie sich unterhalten haben!

Wie die Amerikaner den Herrn in Frankreich spielen, zeigt eine andre Bänkerei aus dem gleichen Pariser Blatte. Nachdem zuerst das fröhliche idyllische Leben der kleinen französischen Provinzialstadt, an die jetzt das Lager der Amerikaner grenzt, gemalt ist, heißt es weiter:

Gestern kam ich wieder in die Stadt. Sie ist nicht zum Wiedererkennen. Die Häuser und die Läden sind natürlich dieselben geblieben. Aber sonst...

Die Kanonen und die Schweben und die Wiederschläger und all die andern sind verloren und ruiniert denn seit

zwei Monaten sind die Amerikaner in Sanbe. Und das will etwas heißen. Sie können, haben und lieben sich äußerst wieder. Auf dem Bahnhof sind sie die Herren, trotz des Sektionsvorstehers, den sie höflich verabschieden. Die Gastwirtschaften und Kaffeehäuser gehören ihnen. Dort essen und trinken sie in Hast und Eile, daß irgend jemand ihnen die Zeit stiehlt. Die Felber gehören ihnen, das ganze Land ringsum. Fr. Stein und Eisen wachsen die Baracken aus dem Boden und säumen die Flüsse ein. Die Kaserne und der Kasernenhof gehört ihnen. Die Baracken regen sich dort mit einer Gewissenhaftigkeit, die dem nachdenklichen Beobachter ein: „Na, sie scheinen sich ja auf die Strümpfe zu machen!“ abdrückt.

Und die Frauen gehören ihnen. Offenen Mundes staunen sie die neuen Gäste an, und ich weiß, daß der Traum der jungen Mädchen weit und breit ist, einen Amerikaner zum Mann zu bekommen. —

Notizen.

Gefangenenzahl vom Westen. Die deutsche Seeresleitung gibt die Zahlen der an der Westfront gemachten Gefangenen und eingebrachten Beute für Juli bis September bekannt, aus denen klar hervorgeht, daß Hindenburg trotz seiner defensiven Taktik auf dieser Front ungeheure Erfolge erzielt hat. In der genannten Zeit wurden von den Seeresgruppen Kronprinz Rupprecht, Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht nicht weniger als 337 Offiziere und 13512 Mann als Gefangene eingebracht. 41 Minenwerfer und 473 Maschinengewehre fielen in deutsche Hände. Ferner wurden vier Geschütze und elf feindliche Flugzeuge erbeutet. —

Peru und Uruguay. Aus Lima meldet die Agentur Gavas: Der Kongreß von Peru hat mit 105 gegen 6 Stimmen den Abbruch der Beziehungen mit Deutschland beschlossen, den die Regierung beantragt hatte. — Infolge der Spannung der deutsch-peruanischen Beziehungen hat der Militärattaché der peruanischen Gesandtschaft in Berlin, Hauptmann Guerrero, telegraphisch um seine Ablösung gebeten. — Aus Montevideo meldet Gavas: Die Kammer von Uruguay hat mit 74 gegen 23 Stimmen den Abbruch der Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland angenommen. Der Senat beschloß den Abbruch mit 13 gegen 3 Stimmen. —

II 293 aus Kadiz entwichen. Das deutsche Unterseeboot Nr. 293, das in Kadiz am 9. September eingelaufen und interniert worden war, ist in der Nacht zum Sonntag entwichen. Der Ministerpräsident entließ alle hohen verantwortlichen Militär- und Marineoffiziere von ihren Ämtern. —

Die Wohnung der Kriegerfrau. Eine für Hauswirte und Mieter sehr wichtige Entscheidung des Kammergerichts verhängte die Wälder für Rechtspflege. Die Ehefrau eines Kriegsteilnehmers hatte während des Krieges eine Wohnung gemietet und den Mietvertrag allein unterzeichnet. Es war dann gegen sie ein Räumungsurteil ergangen. Der Ehemann widersprach der Vollstreckung. Das Kammergericht gab der Beschwerde statt und erklärte, daß die Vollstreckung eines gegen die Ehefrau eines Kriegsteilnehmers ergangenen Räumungsurteils nicht zulässig ist, wenn nicht auch der Ehemann zur Räumung verurteilt wird. Denn der Ehemann ist als Haushaltungsvorstand Inhaber der von ihm gemieteten Wohnung. Die Ehefrau ist in seiner Abwesenheit lediglich als Bestdienerin im Sinne des § 555 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzusehen, so daß also auch in diesem Falle der Ehemann Besitzer ist. Deshalb bedeutet die Vollstreckung eines gegen die Ehefrau erwirkten Urteils auf Räumung gleichzeitig auch eine Vollstreckung gegen den Ehemann, der damit aus dem Besitz der Wohnung gesetzt wird. Das ist aber nur möglich, wenn auch gegen ihn ein Urteil auf Räumung vorliegt. Damit ist den Hausbesitzern auch in den meisten Fällen, in denen sie nur mit der Ehefrau eines Kriegers den Vertrag abgeschlossen haben, die Möglichkeit genommen, eine Räumung zu erzwingen. —

Neuer Angriff in Flandern.

W. Z. V. Großes Hauptquartier, 9. Oktober 1917. (Amstich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Der Artilleriekampf in Flandern war trotz des stürmischen, regnerischen Wetters stark zwischen dem Gouthouster Wald und Zandvoorde. Abends machte der Feind keine Wirkung zu heftigen Feuerstößen gegen einzelne Abschnitte zusammen.
Nach unruhiger Nacht steigerte sich auf der ganzen Front die Artillerietätigkeit zum Trommelfeuer. Weiter westlich der Bahn Station—Boefinghe und nördlich der Straße Menin—Borren brach englische Infanterie zum Angriff vor; der Kampf ist im Gange.

Bei den übrigen Armeen kam es — abgesehen von tagelanger andauerndem Feuer nordöstlich von Soissons — nicht zu größeren Gefechtsabhandlungen.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz

nichts von Bedeutung.

Mazedonische Front

Lebhafte Feuerstätigkeit südwestlich des Doiraner, des Sardarial, am Dobrospje und im Gernabogen.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Depeschen.

Das entflozene U-Boot.
Madrid, 8. Oktober. (Agentur Gavas.) Das entwichene deutsche Unterseeboot hatte keine Munition, da die Torpedos, Bomben und Granaten nach der Internierung im Arsenal abgegeben worden sind. Der deutsche Kommandant hatte dem Kommandanten des spanischen Torpedoboots, das II 293 in Schicks genommen hatte, erklärt, er wolle, daß er interniert würde, weil er in die spanischen Gewässer eingebrungen sei, und ihm den Wunsch ausgesprochen, in den Hafen zu fahren. Siehe „Notizen“. —

Monatlicher Arbeitskalender für Gartent Freunde.

Oktober.

Die Natur rüstet sich allmählich zu ihrem Winterschlaf; rot und gelb färbt sich so nach und nach der grüne Blätterkranz des Waldes; ein Blatt um's andre schwebt lautlos zur Erde, oder tanzt, vom Herbstwind gejagt, durch die Luft, bis es endlich niederfällt, um unter dem zerschlagenden Einfluß von Luft und Feuchtigkeit zu Moder zu zerfallen. Auch unser Garten hat bereits ein herbstliches Aussehen; das Blätterkleid unserer Obstbäume ist bereits stark gelichtet. Die Zeit der Ruhe ist für sie damit herangekommen und für uns die Zeit, wo alle Pflegearbeiten an ihnen sich am zweckmäßigsten ausführen lassen. Neben dem Schneiden, Reinigen und auch Pflanzen der Obstbäume sind besonders das Düngen und Umgraben des Aders und die Bekämpfung der Pflanzenschädlinge wichtige Herbst- und Winterarbeiten.

Im Gemüsegarten steht die Ernte der Spätgemüse ein. Diese sollen den Vorrat für die Wintermonate abgeben. Von der richtigen Ernte und der sauberen Aufbewahrung hängt die Haltbarkeit des Gemüses über die Wintermonate hinaus wesentlich ab. In vielen Fällen wird die Haltbarkeit bereits durch zu frühe Ernte in Frage gestellt; ebensoviel gilt andererseits auch wieder durch unangemessene Aufbewahrung vorzeitig in Fäulnis über. So haben wir in den letzten Septembertagen schon Kleingartenbesitzer mit dem Einrücken von Mören, rote Beeten und Kopfsalaten beschäftigt. Die Sorge, es könnte ihnen von diesen wertvollen Vorräten noch gestohlen werden, verleiht jedenfalls manchen zum vorzeitigen Ernten. Wir müssen es uns zum Grundgesetz machen, die Wintergemüse so lange auf den Beeten zu belassen, als es die Witterung irgend gestattet, und erst dann mit dem Einwinteren zu beginnen, wenn härtere Fröste im Anzug sind. Einige Stroh Kälte schaden ihnen nicht. Bei gutem Herbstwetter kann also sämtliches Wintergemüse bis Anfang November draußen bleiben. Es verkürzt sich dadurch die Aufbewahrungzeit ganz erheblich, und gerade die feuchtwarmen Herbsttage wirken besonders nachteilig auf die Haltbarkeit der eingewinterten Gemüse ein.

Die meisten Schwierigkeiten in der Heberwinterung machen wohl die Kopfsalaten. Sie gehen ihrer ganzen Struktur nach sehr leicht in Fäulnis über; und wer nun nicht gewissenhaft genug in der Auswahl der für die Einwinterung bestimmten Köpfe vorgeht, oder gar Kohlsorten gebaut hat, die sich für die Einwinterung nicht eignen, der wird wenig Freude an seinen eingewinterten Kohlsorten haben. Ganz gleich, ob Weiß-, Rot- oder Wirtlingköpfe, stets sollen die Köpfe reif, fest, und vor allem gesund sein, nur diese wird man in geeigneten Räumen ohne nennenswerten Verlust durch den Winter bringen können. Als geeignete Räume kommen Heberwinterungsgruben, Mistbeetkasten, trockene Keller und sonstige trocken, kühle Räume in Betracht. In den Heberwinterungsgruben, denen man zweckmäßig eine Breite von 150 Zentimetern und eine Tiefe von 30 Zentimetern gibt, und in den Mistbeeten schlägt man die Köpfe mit den Wurzeln nach oben gerichtet in zwei bis drei Reihen übereinander so ein, daß sich die Köpfe gegenseitig nicht berühren. Über die Gruben legt man Stroh und Bretter und auf die Bretter die Fenster; darauf kommt zum Schutze gegen Frost Stroh, trockenes Laub oder dergleichen. Die Gemüsegruben bleiben an beiden Seiten offen, damit frische Luft reichlich Zutritt hat; nur bei Frostwetter werden diese geschlossen. Auch bei den Mistbeeten muß man durch Lüftung der Fenster für Zutritt der frischen Luft sorgen. Sobald man den Kopf im Hause überwintern möchte man möglichst einen trocknen Raum, wo er in Reihen nebeneinander gelegt aufbewahrt werden kann. In feuchten Räumen geht er bereits nach kurzer Zeit in Fäulnis über. Das Ernten des eingewinterten Kopfs muß mit äußerster Vorsicht geschehen; jede Verletzung des Kopfs begünstigt die Fäulnis. Weiter dürfen die Köpfe nicht bis auf den reinen Kopf entblättert werden, sondern man lasse ihnen einige Deckblätter, die von der besten Strauch, den inneren guten Kopfbältern einen guten Schutz gegen Fäulnis bilden. In geeigneten Sägen kann man den Winter ohne Bedenken auf den Beeten belassen und nur bei Frostwetter, 6 bis 8 Grad Kälte verdrängt er ohne Schaden, nach der Gewöhnung wird auch das Frost nach herbeigehert.

Auch der Kohlrabi verlangt bis 10 Grad Kälte; er kann daher bis in den Dezember hinein auf den Beeten bleiben. Die Einwinterung kann in Gemüsegruben oder in Mistbeeten erfolgen, wo die Köpfe nebeneinander eingeschlagen und mit Erde oder nach besser mit Sand bedeckt werden, nachdem ihnen alle Wurzeln bis auf die Herzblätter genommen sind. Es genügt aber auch, diesen Einwinterung im freien Lande zu machen, nur muß in diesem Falle die Deckung etwas dicker sein. Größere Mengen werden in gleicher Weise wie Kohlraben eingewintert; in diesem Falle werden die Stämme und Wurzeln entfernt.

Die Stiedrüben werden gegen Kälte besonders nach dem bereits ein härteres Frost über sie hinweggegangen ist, eingewintert. 2 bis 4 Grad Kälte überträgt die Haltbarkeit der Köpfe nicht, wohl aber nachteilig auf den Geschmack. Die Ein-

winterung kann in den Heberwinterungsgruben, in Mieten oder im Keller erfolgen. In den ersten werden sie dem Raum entsprechend eingeschichtet und mit Sand oder Erde bedeckt. Den Mieten gibt man eine Breite von 120 Zentimetern und eine Höhe von 80 Zentimetern. Als Unterlage gibt man ihnen zweckmäßig Sand oder auch Stroh; auch die Umhüllung besteht aus Stroh, über die zuerst eine dünne Schicht Erde gesetzt wird, die man, wenn stärkerer Frost im Anzuge steht, verdrängt, oder statt dessen über die Miete eine starke Lage Mist bringt. Im Keller behalten die Rüben ihren frischen Geschmack nur dann, wenn sie in Sand eingeschichtet oder doch wenigstens damit bedeckt sind. Beim Ernten muß jede größere Verletzung der Rüben vermieden werden; es dürfen also die Fasermurzeln nicht glatt abgeputzt wer-

den. In gleicher Weise werden auch Herbstrüben, Pastinaken, Faserwurzeln, Nettihe usw. behandelt. Pastinaken und Faserwurzeln sind wie die Schwarzwurzeln winterhart und kann von ihnen auch ein Teil für das Frühjahr auf den Beeten stehenbleiben.

Die Petersilienwurzeln werden, wenn möglich, im Mistbeetkasten in gleicher Weise wie die roten Beeten eingeschlagen; hier treiben sie bald durch und liefern uns neben den Wurzeln auch noch herrliches Suppengrün.

Ist der Keller auch empfindlicher als manches andere Gemüse, so läßt er sich bei einiger Umsicht doch ohne Gefahr durch den Winter bringen. Der ideale Platz ist auch hier wieder das Mistbeet, wo er dicht nebeneinander in Sand eingeschlagen wird, so daß die Knolle gut bedeckt ist, die Herzblätter aber frei bleiben. Der Sand oder die sandige Erde darf nicht trocken sein, sondern muß mäßig feucht gehalten werden, damit die Knollen nicht einschrumpfen und somit an Geschmack und an Haltbarkeit verlieren. Aber auch in der Grube oder im Keller kann der Keller in gleicher Weise eingeschlagen werden. Bei dem Zurichten der Knollen für den Einwinterung wird meistens der Fehler begangen, daß die Wurzeln glatt abgeputzt werden. Die dadurch entstehenden Wunden sind natürlich willkommene Angriffspunkte für die Fäulnispilze. Man lasse daher die Wurzeln an den Knollen, höchstens entrippe man sie etwas; bleibe Erde zwischen den Wurzeln haften, so lasse man diese sitzen; die Blätter werden bis auf die Herzblätter entfernt, wobei aber jede Verletzung der Knolle vermieden werden muß. So hergerichtete Knollen sind frei von Wunden und haben zudem noch die Eigenschaft, weiter zu wachsen. In dem Sandeinschlag bilden die Knollen bald keine Wurzeln, auch junge Blättchen bilden sich, und diese, wenn auch schwache Vegetation hält den ganzen Winter an, und sie ist der beste Schutz vor Fäulnis.

Rosenkohl, Grünkohl und Porree sind winterhart und bleiben an Ort und Stelle stehen.

So verlangt also die Heberwinterung der Gemüse viel Aufmerksamkeit und Umsicht den ganzen Winter hindurch, denn je nach Winterung muß gelüftet oder gedeckt, müssen die Bestände auf etwa fäulende Gemüse hin untersucht und diese beseitigt und das übrige gereinigt werden.

Deutschland muß leben!

Unsre Feinde wollen den Frieden nicht. Darum bleibt uns keine Wahl. Wir müssen weiter aushalten, weiter durchhalten. Keiner darf jetzt müde, keiner mürrisch werden, keiner auf halbem Wege stehenbleiben. Jetzt heißt es:

„D u r c h!“

Draußen mit den Waffen, drinnen mit dem Gelde, die Jungen mit ihren Leibern, die Alten, die Frauen, die Kinder mit Hab und Gut. Alles für alle! So bereiten, so erwarten, so verdienen wir den Sieg.

Darum zeichne!

den, weil dadurch große Schäden entstehen würden. Das Kraut ist nahe am Vergehens so abzukneiden, daß die Mitte dabei nicht beschädigt wird.

In gleicher Weise und unter gleichen Bedingungen lassen sich auch rote Beeten einwinteren. Nur muß man bei ihnen ganz besonders jede Beschädigung vermeiden, weil sie aus den Wunden bluten und dann beim Kochen ihre rote Farbe verlieren. Will man ein Teil der Rüben bis in das Frühjahr hinein frisch erhalten, so sind sie in der Gemüsegrube oder im Mistbeet dicht nebeneinander mit dem Kopf nach oben eingeschlagen, so daß der Kopf mit der Erde berührt bleibt. Bei freier Bedung der Grube kann der Winterboden sich in die Rüben ganz besonders gut und tiefen kann merklich von ihrem frischen Geschmack ein.

Stets verständig stellen die Wurzeln angeschlossen werden; auch das Sand ist vorzüglich zu entfernen, damit die Wurzel nicht verrotzt. In der Heberwinterungsgrube oder im Mistbeet mit dem besten Boden sollen sich die Wurzeln sehr gut. Auch sollen sie in Sand eingeschichtet werden, falls man sie im Keller überwintern. Offen anzuweisen, wenn sie bereits nach kurzer Zeit und verlieren sich an Geschmack. Der Ende Oktober sollen

Provinz und Umgegend.

Der Bergbau in der Provinz Sachsen.

Die Sektion Halle der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, die in der Hauptsache die Provinz Sachsen und Anhalt umfaßt, hat soeben ihren Bericht für das Jahr 1916 herausgegeben. Danach sind in dem Bezirk 506 Bergwerksbetriebe mit 77 807 Arbeitern vorhanden. In diese wurden im Jahre 1916 rund 125 Millionen Mk. Lohn gezahlt. Die auf einen Arbeiter entfallende Lohnsumme erhöhte sich von 760 Mark im Jahre 1886 auf 870 Mark im Jahre 1896, 1120 Mark im Jahre 1906 und 1603 Mark im Jahre 1916. Am umfangreichsten ist in dem Bezirk der Braunkohlenbergbau, der 315 einzelne Betriebe mit 39 982 Arbeitern umfaßt. Auf einen Arbeiter entfiel der Jahresbeitrag von 1513 Mark an Lohn. Im Erzbergbau sind in 27 Betrieben 20 214 Arbeiter beschäftigt; ein Arbeiter erhielt durchschnittlich 1827 Mark Lohn. Der Salzbergbau umfaßt 149 Betriebe mit 15 573 Arbeitern, die auf einen Arbeiter entfallende Lohnsumme betrug 1582 Mark. Steinkohlengruben sind nur zwei mit 20 Arbeitern vorhanden. Im Jahre 1916 betrug sowohl die Zahl der Arbeiter als auch die Summe der gezahlten Löhne erheblich zugenommen. Zwang doch der weitgehende Bedarf an Bergwerkszeugnissen aller Art zu einer starken Steigerung der Produktion.

Die Zahl der Unfälle ist ständig im Steigen begriffen. Im Jahre 1916 wurden in dem Bezirk der Sektion nicht weniger als 164 Arbeiter durch Betriebsunfälle getötet. Schwere Unfälle, an denen der Verletzte länger als 13 Wochen erwerbsunfähig war, ereigneten sich 849. Von ihnen wurden auf 27 jugendliche Personen unter 16 Jahren betroffen. Insgesamt waren 2 1/2 Millionen an Entschädigungen auszugeben. Die Unfallberühmung erforderte insgesamt 11 294 Mark, davon entfielen 5980 Mark auf die laufende Heberwahrung der Betriebe. An den Gesamtausgaben der Sektion gemessen, ein recht geringer Betrag. Die Gesamtumsatzen, berechnet auf einen Arbeiter, betragen 33,30 Mark, berechnet auf 1000 Mark gezahlter Löhne 23,88 Mark. Sehr beachtenswert ist die Angabe des Berichtes, daß 168 Betriebe des Bezirks gar keine Rettungseinrichtungen besaßen.

Kapitän Bröhms Werbung.

Ein humoristischer Roman von E. H. Jacobs.

(23. Fortsetzung.)

8. Kapitel.

Die „Schorie“ lag weitere drei Tage in Kollern, in welcher Zeit Schorie, nach einem Karübe von zwei Mälen, alles über Sigons Sach verstand, was nur zu erklären war. Dieser zweite Karübe hätte sich eigentlich keine Gedanken gemacht, aber als er sich gar nicht lohnte, ließ die Spannung nach.

„Schorie“, sagte er am folgenden Morgen, „ich hab' mich nachgedacht, ich bin eigentlich nicht eigentlich geboren in die Zandulatsgruben. Ich will mit dir gehen.“

„Du kommst mit, was du willst“, erwiderte Schorie. „Schorie“, sagte er, „wenn du mit mir gehst, so kommst du mit mir.“

„Schorie“, sagte er, „wenn du mit mir gehst, so kommst du mit mir.“

„Schorie“, sagte er, „wenn du mit mir gehst, so kommst du mit mir.“

„Schorie“, sagte er, „wenn du mit mir gehst, so kommst du mit mir.“

„Schorie hat das Herz auf 'n rechten Fleck, Koch“, bemerkte Schorie. „Wir wollen's mal gleich nach Abendbrot versuchen.“

„Ich will dich gern die Hand drücken, Schorie“, sagte der Koch herzlich.

„Ich auch“, meinte Schorie, und ergreif seine Hand.

„Du bist 'n toller Kerl, Schorie, das ist gewiß.“

„Du bist 'n toller Kerl“, sagte der Koch schmeichelnd.

„Wir wollen's gleich nach Abendbrot versuchen, wenn du uns die Glagge geben willst, Schorie“, sprach Schorie.

„Glagge“, sagte Schorie — „Glagge?“

„Das ist eine deutsche Glagge“, erwiderte Schorie, ihm einen unheimlichen Blick zuwerfend. „Es hat keinen Zweck, nach Sigons Sach eine Glagge zu geben. Suchst du das nicht, Schorie? Und dann bist du doch gefahrlos abend am Abendbrot.“

Er stand stehen da, auf einer Plattform wartend und schaute Schorie ganz betroffen an, als dieser Erdbeträger in heller Eile nach unten hinabsah. Er ging sogar so weit, korporel, er glaubte, Schorie wäre nach unten gegangen, um die fragliche Glagge zu holen. Er schaute daher seinen Kopf heftig nach unten und sagte ihm, eine Bodehose würde auch passen, wenn er die Glagge nicht finden könnte — eine Bemerkung, die er ganz zurückgenommen hätte, als die Zeit für ihn kam, Schorie bei Tisch zu treffen.

In der Zeit, als das Schiffs-Tormentieren wieder erwidert wurde, war alles Interesse an der Sache verloschen. Schorie war es durchaus nicht angenehm für erwiderte Schorie, daß der harte Wiper Schorie angriffen, anderwärts ihnen über die Aussicht auf Erfolg, wenn sie die Sache mit höchstem Eifer behandeln wollten, auch nur sehr gering. Dann in der Richtung der Schiffe und der Schiffe nach unten hinabsah.

„Es ist gegen alle Gewohnheit“, sagte er, nachdem er eine Weile überaus hatte. „Die haben immer wieder, ihr zu finden. Schorie, die hat 'n Kerl geben, das ist, was“

Sie ihn können, is 'ne reguläre Fahrt zwischen hier und Nordermünde, da sollten Sie man bleiben.“

„Fällt mir nicht ein“, entgegnete der andre trotzig.

„Es ist hart für Sie“, sagte der Steuermann, — für die alten Leute mein ich — daß sie herumgeht und gejagt werden, bloß weil sie graue Härte haben und in die Jahre kommen. Außerdem mit einige von der Mannschaft wird es auch früher oder später mal schief gehn.“

„Neden Sie, was Sie wollen, das hat keinen Einfluss auf mich“, entgegnete der andre, der die Unterhaltung fortsetzte, während er sich wusch.

„So sind Sie zu wieder“, sagte der Steuermann, „und machen sich kein? Wozu? Einen andern sein Mädel? ... Sie können daran drehen und wenden, soviel als Sie wollen, es kommt mit andres raus.“

„Wenn ich Ihren Rat brauch“, erwiderte der Kapitän, „seine Verwirrung unter einem kräftigen Gebrauch des Handtrags verweigern, denn wird ich Sie darum bitten.“

Er beredete schweigend seine Toilette und ging an Land, und nachdem er sich nachlässig umgedreht hatte, entfernte er sich in der Richtung nach Lebe. Der einzige Blickpunkt in seiner gegenwärtigen Lage war die in den Schultern stöckliche Regelmäßigkeit, und wie er so dahin schritt, segnete er den stier ausgeprägten Sinn für Pünktlichkeit, der das Schiffsregiment um vier Uhr beherrschte.

Heute indessen waren seine Begleitwünsche etwas vorzeitig, denn lange nachdem die Kinder gekommen und gegangen waren, ließ sich keine Spur von Käthe Häfeler entdecken. Er spazierte enttäuscht die Straße auf und ab. Halb fünf, fünf. Er wartete bis sechs — ein Gegenstand großes Interesse für verschiedene Damen, die ihn verflochten von ihren Stubenfenstern beobachteten — und war gerade im Begriff, um ein Viertel nach sechs fortzugehen, als er sie auf sich zukommen sah.

(Fortsetzung folgt.)

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Neuhaldensleben, 9. Oktober. (Die Bureau) des öffentlichen Arbeitsschlichters, der Hilfsdienststelle und die Frauenarbeitsmeldestelle sind täglich von 8 bis 3 Uhr geöffnet.

(Die Fleischversorgung für Besuch) und Urlaubser findet bis 4. November in der Fleischerei von Weißkopf statt.

(Die Kohlenlieferungsverordnung) im Kreise ist nach einer Bekanntmachung des Landrats gestaltet, wenn sich die Selbstversorger mittels Fuhrwerks die Kohlen von der Grube abholen. Einmal besonders Bezugsscheins dazu bedarf es nicht, doch sind die Selbstversorger Haushalte und Händler verpflichtet, innerhalb 24 Stunden die Ortsbehörde von ihrem Einkauf in Kenntnis zu setzen.

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Geuthin, 9. Oktober. (Vom Dache gekürzt) ist der Dachdeckermeister Schatz. Der 82jährige Mann, der noch seinem Beruf nachging, trug schwere innere Verletzungen davon, die seinen Tod zur Folge hatten.

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 9. Oktober. (Der 8-Uhr-Ladenschluß) Nach der vom Magistrat erlassenen Verordnung dürfen offene Verkaufsstellen nur bis 6 Uhr abends, Sonnabends bis 7 Uhr geöffnet sein. Das Ende der Arbeitszeit für Fabrikanten war auf 5 Uhr festgesetzt. Es hat sich nun jetzt dadurch, daß die Geschäfte gezwungen sind, um 6 Uhr zu schließen, die Fabrikanten aber an der alten Arbeitszeit festhalten und nach wie vor bis 6 und 7 Uhr arbeiten lassen, ein unhaltbarer Zustand ergeben. Die Frauen, die zur Arbeit gehen müssen, können ihre Einkäufe nicht vornehmen, weil sie erst um 6 oder 7 Uhr aus den Betrieben kommen und die Läden dann geschlossen sind. Dieser Zustand kann unmöglich so bleiben. Eine Anzahl Geschäfte, die vorwiegend Arbeiterfamilien zu ihrer Kundenschaft zählen, haben unter dem Zwange der Verhältnisse sich nicht an die Verordnung gefügt und halten ihre Läden länger offen. Im Interesse der arbeitenden Frauen ist das nur zu begrüßen. Auf die Dauer geht es natürlich nicht, daß zwar eine Verordnung besteht, jeder aber machen kann, was er Lust hat. Wir haben schon bei der ersten Besprechung der Verordnung darauf hingewiesen, daß wieder einmal halbe Arbeit gemacht worden ist, weil auf Antrag allerlei Abweichungen von der vorgesehenen Geschäfts- und Arbeitszeit zulässig sind und weil ferner die durchgehende Arbeitszeit nicht mit eingeführt ist. Wäre das geschehen, würde die Regelung eine einfache gewesen sein. Da es nun leider nicht der Fall ist, muß aber unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß die Arbeitszeit in den Betrieben, so wie es die Verordnung verlangt, um 5 Uhr beendet ist. Wenn das nicht geschieht, sollte sie wieder aufgehoben werden, denn es ist unmöglich, daß man die Dinge so laufen läßt. Eins von beiden muß unternommen werden. Das erfordert nicht nur die Rücksicht auf die Arbeiter, sondern auch die Interessen der Geschäftseigenen, die sich sonst fortwährend der Uebertretung schuldig machen und dann obendrein für ihre Untüchtigkeit bestraft werden können.

(Für Zwiebeln) sind für die Zeit bis zum 31. Oktober dieses Jahres folgende Höchstpreise festgesetzt: für den Erzeuger 12,50 Mark für den Zentner, für den Großhandel 15 Mark mit End, für den Kleinhandel 18 Mark ohne End.

(Butter- und Milchhöchstpreise.) Der Preis für 1 Pfund Butter im Kleinhandel ist auf 3,10 Mark festgesetzt. Der Höchstpreis für Vollmilch beträgt 42 Pfg. für 1 Liter los, 44 Pfg. für 1 Liter in Flaschen.

(Höchstpreise für Gänsefleisch.) Für den Verkauf von Gänsefleisch in Teilen sind folgende Kleinhandelshöchstpreise festgesetzt: für Gänsefleisch (Wagen, Herz, Kopf, Hals, Flügel, Füße) 2 Mk. bis 2,50 für 1 Pfund, Gänseleber 3 Mark, Gänsefett 11 Mark Gänsefleisch 7 Mark, Gänsebrust mit Knochen 7 Mark, Gänsebrust ohne Knochen 9 Mark. Bei gepökelter Ware erhöht sich der Preis des Pfundes um 50 Pfg., bei geduchter Ware um 1 Mark über den Höchstpreis.

(Für Braunkohlenbriketts) gelten folgende Höchstpreise: 1,75 Mark für den Zentner ab Lager, 1,80 Mark frei vor's Haus, 1,90 Mark frei Keller.

Wernigerode, 9. Oktober. (Verkauf markenfreier Kartoffeln.) Ende voriger Woche standen mehrere Ladungen markenfreier Kartoffeln zum Verkauf, die natürlich reichenden Absatz fanden. Der Grund dieser Maßnahme soll darin zu suchen sein, daß die Kartoffeln in der Hauptsache minderwertig und zum Einwickeln vollständig ungeeignet waren. Mäander Käufer in dabei bitter enttäuscht worden, denn alle waren der frohen Hoffnung, ihre Aktion etwas aufbessern zu können. Mehr Freude wird dagegen bei denen gewesen sein, die in der glücklichen Lage sind, ein Vorposten im Stall oder in der Veranda zu haben. Auch bei dieser Gelegenheit sind wieder Klagen über das Verhalten einzelner Kartoffelhändler laut geworden. Da wurden Käufer vom Händler Luderich, Marktstraße, nach hundertlangem Warten mit dem Bemerkten nach Hause geschickt, er vertausche keine Kartoffeln mehr, jedoch kamen heute die Bestellungen. Die Händler sind eben noch immer obenau. Nach Beendigung des Krieges und nach Rückkehr normaler Verhältnisse wird sich dieser Zustand allerdings für manchen von ihnen in das Gegenteil umkehren.

(Erhöhung des Strompreises für Elektrizität.) Der Magistrat gibt bekannt, daß er sich infolge der Abwälzung der Kohlensteuer auf das Elektrizitätsnetz gezwungen sieht, den Strompreis ab 1. Oktober zu erhöhen. Der Preis wird für den hohen Tarif auf 60 Pfg. für den niederen auf 25 Pfg. für die Kilowattstunde festgesetzt.

(Schnell im Satz.) Auf dem Torhaus hat es am Sonnabend mittag bei Null Grad und Nordwestwind lächtig geschneit.

Wahlkreis Halbesleben.

Oschersleben, 9. Oktober. (Kartoffeln aus dem Kreise Queblinburg.) Der Bevölkerung ist es gestattet, bei einem Landwirt im Kreise Queblinburg den Winterbedarf bis zu 2½ Zentner zuzuschickeln. Die Entnahme erfolgt durch einen Vorkauf der städtischen Kartoffelstelle. Der Preis beträgt 6,25 Mark pro Zentner. In diesem Betrage sind Anfuhrkosten nicht inbegriffen. — Zur Entleerung der Kartoffeln ist die Frage angebracht wie es möglich ist, daß in den benachbarten Städten eine größere Menge für die Person und für die gleiche Zeitdauer in Betracht kommt als hier. Werden zwar hier von Zeit zu Zeit besonders Mengen an Kartoffeln veräußert, so wird damit jedoch die Menge, die an anderen Orten zur Verfügung zugelassen ist, hier nicht erreicht. Bei der reichlichen Güte ist es angebracht, wenn die Nation entsprechend erhöht wird und alle Extrazugaben wegfallen.

(Der Verkauf von Zwiebeln) hat wieder begonnen; das ist für die Nummern, die zurzeit nicht erledigt werden konnten, zu beachten.

Groß-Salze, 9. Oktober. (Tropf Lebensmittelknappheit.) Die „Schönebecker Zeitung“ bringt unter Groß-Salze folgendes Eingekauft: „Tropf der allgemeinen Knappheit an Lebensmitteln hört man ab und zu, daß hier und dort mitunter sogar große Gesellschaft gewesen ist. Es muß also den Geldleuten und auch solchen, die zurzeit viel Geld verdienen, immer noch möglich sein, Lebensmittel zu bekommen, die ihnen eigentlich nicht zuzuführen. Denn wer Gesellschaft hat, hat Güte und diese müssen bewirkt werden. Man sollte doch meinen, es müßte ein jeder froh sein, wenn er heute das Nötigste zum Leben hat. Recht ist es von den Gastgebern nicht, aber auch nicht von den Gästen, solche Einladungen zu einem kleinen Butterbrot anzunehmen. Denn Einladungen müssen erwidert werden und bei solchen Gelegenheiten wird mehr verbraucht als nötig ist. Wenn derartige bekannt wird, ist es kein Wunder, wenn Unzufriedenheit ausgedrückt wird.“ — Die Kritik des Eingekauft ist durchaus berechtigt, sie zeigt, was trotz Lebensmittelknappheit noch alles möglich ist.

Schönebeck, 9. Oktober. (Eine unzutreffende Schlussfolgerung) zieht das „Schönebecker Tageblatt“, indem es schreibt: „Eine erteilte Scheinung, die im Gegensatz zu der allgemeinen Annahme vom schlechten Ernährungszustand der älteren Leute steht, zeigt die Rechnung der hiesigen Stiftskassen vom vorigen Jahr. Es ist erheblich gespart an Arzt- und Arzneikosten für die Insassen sowohl der Thimannischen wie des Frommsteinischen; selbstverständlich nicht aus unangebrachter Sparsamkeit, sondern die älteren Leute haben kaum einen Arzt gebraucht.“ Sollte dem „Tageblatt“ nicht bekannt sein, daß die Sterblichkeitsziffer der älteren Leute jetzt ziemlich hoch ist? Da die Ärzte überlastet sind, ist ärztliche Hilfe schwer zu erlangen. Bei 17 000 Einwohnern sind hier nur drei Ärzte, von denen zwei auch für Froße, Grünwald, Elbenau und einen Teil von Salze sowie Helgeleben tätig sein müssen und außerdem noch Lazarett und Arzt in über nicht auf einen besseren Gesundheitszustand der älteren Leute in den Stiften zurückzuführen.

(Vaterlandspartei.) Die Gründung einer Ortsgruppe der Vaterlandspartei in hier unter Führung des Herrn Placé (Afen) erfolgt, dessen Einladung zur Versammlung neben einer Anzahl konservativer und Nationalliberaler auch einige Beamte Folge geleistet hatten, die sich ansehend verpflichtet fühlten, mit dabei sein zu müssen. Den Anwesenden haben sonderbarerweise auch Männer unterzeichnet, die schon mehrfach den Frieden wünschend wie wir, und dann auch solche, die iont mit Herrn Placé nichts zu tun haben wollen. Die Bemühungen der Herren, für die durchsichtigen Zwecke der Vaterlandspartei Anhänger zu suchen, werden bei einträchtigen Leuten keine Erfolge haben.

Stahlfurt, 9. Oktober. (Die Streichzettelung) ist nachträglich erhöht und beträgt 40 Gramm nebst 20 Gramm Margarine.

(Kartoffelversorgung.) Der Umtausch der Bierwachen-Kartoffelarten in Jahreskartoffelarten soll nicht bis Ende des Monats, sondern nur bis zum Sonnabend erfolgen.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 9. Oktober. (Milch- und Butterpreis.) Der Preis für 1 Liter Milch darf bei Abgabe an den Verbraucher 36 Pfg. nicht übersteigen. Es darf ein Zuschlag von 2 Pfg. erhoben werden; wenn die Milch frei Haus geliefert oder malkereimäßig behandelt oder in Flaschen verkauft wird. Der Preis für besonders gewonnene und bearbeitete Säuglingsmilch beträgt 46 Pfg. für 1 Liter Mager- oder Vollmilch 22 Pfg. Der Preis für 1 Pfund Butter beträgt 3,10 Mark.

(Kartoffelpreis.) Der Preis für 1 Pfund Kartoffeln beträgt bei Abgabe auf Kartoffelkarte 5/6 Pfg.; bei Abgabe auf Bezugsschein bei mindestens 1 Zentner 6/10 Pfg.

Stendal, 9. Oktober. (Ein groß angelegter Honigwindel) ist von der Polizei aufgedeckt worden. Bei einer Frau K. in der Grabenstraße mietete sich ein Mann ein, der angeblich ein Geschäftskloset einrichten zu wollen, um Honig zu verkaufen. Von dem er nach seiner Angabe größere Mengen aus Kollektne erwartete. Er müßte aber gleich nach Magdeburg und hat die Frau, inzwischen eingehende Befragungen anzunehmen, Frau K. erklärte sich dazu bereit. Kurz darauf erschien in Vertretung Blüthen folgende Anzeige: „Bienenhonig hat abgegeben Frau K., Stendal Grabenstraße 9.“ Die Folge war, daß außer 142 kräftigen Anfragen auch größere Geldbeträge eingingen. Angefichts der vielen Voraussetzungen kam der Frau die

Sache verdächtig vor, sie wies das Geld zurück und erstattete Meldung an die Polizei. Die Frau wurde er festgenommen. Es handelt sich um einen Schmeißer Schreiber aus Weiskene. Nach anfänglichem Leugnen gab er den beabsichtigten Schmeißer zu.

Wahlkreis Salzwedel-Garbelegen.

Garbelegen, 9. Oktober. (Heringe für Eier.) Auf eine nette Idee ist die Kreiswirtschaftsstelle verfallen. Für jeden nämlich einige Tonnen Heringe zur Verfügung, die den Gemeinden des Kreises zugewiesen werden sollen, die in der Woche vom 7. bis 14. Oktober im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl die meisten Eier zur Lieferung bringen, mindestens aber das Unterhalbsache ihrer Einwohnerzahl. Das Ergebnis der Sammlung sowie die Namen der Gemeinden, denen die Heringe zugewiesen worden sind, soll in der darauffolgenden Woche bekanntgemacht werden. Zur Verteilung soll dann pro Kopf ein bis zwei Stück kommen. Das ist für einen netten Vorteil. Hier kommt es nun darauf an, welche Gemeinden recht viele Eier haben, und welche eine Gemeinde gibt es wohl nicht. Bisher sind wenigstens die Eierlieferungen der Hühnerhalter sehr gering gewesen, weil die Hühner jetzt in der Ruhezeit stehen. Da nun aber auch vorgezogen ist, wieviel Eier eine Gemeinde mindestens zu liefern hat, so dürfte eine Gemeinde in den Genuss der Erlöse kommen. Eine Frage muß aber noch gestellt werden: Sind denn nur Heringe für diejenigen da, die Eier abliefern? Der Eier abgibt, hat auch für sich noch genug, und die Eier abgeben können, weil sie keine Hühner haben, warum sollen die keine Heringe haben?

Debitende, 9. Oktober. (Gelegte Dohle.) Zwei Eingeweihte wurden auf dem Bahnhof festgenommen. Man fand bei ihnen vier frisch geschlachtete Gänse, drei Enten und ein Kaninchen vor. Es handelt sich um zwei Magdeburger, der eine ist 39 Jahre, der andere 16 Jahre alt.

Salzwedel, 9. Oktober. (Geheimlichlächer.) Einer größeren Geheimlichlächer war die Polizei schon längere Zeit auf der Spur, ohne eine Handhabe zum Eingreifen finden zu können. Jetzt gelang es auf dem Kleinbahnhof einen großen Reisetorb voll Fleisch von frischgeschlachteten Tieren zu beschlagnahmen und die Herkunft des Fleisches festzustellen.

Bereins-Kalender.

Neue Neuhäuser Arbeiter-Gesangverein. Am Mittwoch abend Punkt 8 Uhr Übungsstunde im „Bürgerhof“ (Schiller), Süderstraße 703

Wasserstände.

	Elbe.			
Barbisch	7. Oktbr. — 0,78	8. Oktbr. — 0,78	—	—
Brandeis	—	—	—	—
Melmit	+ 0,27	—	+ 0,26	0,01
Zeitmeris	8. — 0,78	9. —	—	—
Muffig	—	—	—	—
Preßden.	—	—	—	—
Torgau	— 2,02	—	— 1,95	0,07
Wittenberg	— 0,34	—	— 0,30	0,04
Altenau	+ 0,72	—	—	—
Köslau	+ 0,03	—	+ 0,03	—
Alten	7. — 0,08	8. —	+ 0,08	0,02
Barby	8. — 0,12	9. —	+ 0,16	0,04
Magdeburg	+ 0,21	—	+ 0,25	0,04
Zangemünde	+ 0,53	—	+ 0,52	0,01
Wittenberge	+ 0,20	—	+ 0,20	—
Lenzen	7. — 0,34	8. —	+ 0,34	—
Dömitz	— 0,32	—	— 0,34	0,02
Trebbin	— 0,46	—	—	—
Boizenburg	— 0,34	—	— 0,33	0,01
Poseritz	8. — 0,20	9. —	—	—

Wettervorhersage.

Mittwoch den 10. Oktober: Unbeständig, kühl, Regenschauer.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 7. und 8. Oktober. Todesfälle: Privatmann Otto Hansen, 80 J. 6 M. 28 T. Witwe Charlotte Kallmeyer geb. Schulz, 78 J. 6 M. 6 T. Witwe Ida Hesse geb. Mohr, 76 J. 6 M. 8 T. Arbeiter Joseph Lorenz, 65 J. 5 M. 12 T. Polizei-Inspektor Emil Bül, 61 J. 8 M. 18 T. Arbeiterin Lina Klostermann, ledig, 59 J. 9 M. 19 T. Invalide Arbeiter Albert Grisch, 57 J. 7 M. 29 T. Elisabeth geb. Heine, Ehefrau des Bootarbeiters Friedrich Hansen, 56 J. 19 T. Friederike geb. Amme, Ehefrau des Arbeiters Karl Buchs, 47 J. 1 M. 28 T. Ida geb. Hellige, Ehefrau des Zimmermanns Gustav Heller, 29 J. 7 M. 14 T. Arbeiter Franz Derda, 24 J. 5 M. 13 T. Schlosser Willi Panke, 23 J. 4 M. 20 T. Arbeiterin Brta Grammer, ledig, 17 J. 6 M. 19 T. Gerla, E. des Kunstschers Franz Griebner, 7 M. 15 T. Erich, S. des Photographen Albert Heyer, 2 M. 7 T. Willi, S. des Arbeiters Willi Böhm, 4 T.

Sudenburg, 6. Oktober. Todesfälle: Musikleiter Klemperer Otto Hüllberg, 18 J. 10 M. 30 T. Witwe Dorothee Gledt geb. Schmidt, 53 J. 7 M. 12 T. Witwe Marie Rodmann geb. Barth, 75 J. 4 M. 29 T. Wilhelmine geb. Ganger verw. Sieb, Ehefrau des Schuhmachermeisters Otto Behn in Balleben, 67 J. 2 M. 25 T. Ledige Stützhilfsterin Victoria Elze, 76 J. 11 M. 2 T.

Buckau, 5. Oktober. Todesfälle: Jhe, E. des Arbeiters Emil Gachwitz, 2 M. 11 T. Oberweihenpellerwitwe Friederike Bethge geb. Jänicke, 70 J. 10 M. 4 T. Dreherinvalide Ernst Thormeyer, 89 J. 1 M. 28 T. Porzellanmalerswitwe Rosalie Führ geb. Lorenz, 72 J. 9 M. 13 T.

Rothensee, 8. Oktober. Todesfall: Arbeiter Wilhelm Böcke, 51 J.

Winterkartoffeln

werden verabfolgt von 8 bis 3 Uhr a Zentner 7,75 Mark.

Kludentreter

Bahnhof Tor 6. 5587 Fernsprecher 1801.

Trauer-

Hüte, Kleider, Blusen, Röcke Handschuhe, Schleier, Krepps Schürzen usw. in allen Preislagen und größter Auswahl

Lange & Münzer

Krautweg 21, No. 52

Rechtsbureau Referendar a. D. Lebegott, Gr. Mühlstraße 5. Auswärts u. alle schriftl. Arbeit Sprechstunden 9-11, 3-7 Uhr Fernsprecher 375.

Nähmaschinen repariert auch nach außerh. Karte genügt. Rogge, Arndtstraße 55.

Meine Praxis befindet sich von jetzt an 5582 Königstraße 60, 1. Frau Elise Peters, Dentistin.

Deutscher Metallarbeiterverband Verwaltung Magdeburg.

Nachruf. Ein 8. M. nach unser Mitglied, der Arbeiter 231 August Schmidt

an Drogenkranke, 62 Jahre alt. Ohne fremde Anwesenheit. Die Beerdigung findet am Freitag den 12. Oktober, nachmittags 5 Uhr, vom Kirchhof, Gr.-Ostereisen, Mittagstr. 7, aus statt. Die Beerdigung.

Danksgiving.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzgebenden beim Beimgang unser unvergesslichen Sohnes sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Mitbewohnern des Hauses Neuhaldensleben Straße 5 untern herzlichsten Dank. Besonders dank Herrn Raimor Sirtz für die tröstlichen Worte in der Kapelle und am Grabe sowie dem Turnverein für die schönen Kranzgebenden.

Die trauernden Hinterbliebenen. Witwe Marie Hiemann und Angehörige.



Ganz unerwartet erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß unser inniggeliebter Sohn und Bruder, unser guter Neffe und Cousin Ernst Hemstedt Unteroffizier der Reserve in einem Inf.-Regiment im 22. Lebensjahr am 8. September 1917 dem vöberischen Weltkrieg zum Opfer gefallen ist. Dies zeigt tiefbetrübt am Die trauernden Hinterbliebenen Familie Hemstedt.

Sonntag abend 10 Uhr entschließt samt unser herzensguter, unvergesslicher Vater, Schmiedemeister, Großvater und Onkel Herr Ernst Thormeyer nach eben vollendetem 88. Lebensjahre. Magdeburg-Buckau, den 8. Oktober 1917. Um stille Teilnahme bitten Die tieftrauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Donnerstag vormittag 10 Uhr von der Kapelle des Buckauer Friedhofs aus statt.



Am 8. Oktober starb an den im Kriege zugezogenen Leiden mein lieber Mann und treusorgender Vater seiner Kinder, lieber Schmiedemeister, Schwager und Onkel, der Fleischermeister Karl Tischmeyer im 45. Lebensjahre. Magdeburg-Sudenburg, den 8. Oktober 1917. Die trauernden Hinterbliebenen. Minna Tischmeyer geb. Wagner und Kinder. Die Beerdigung findet am Donnerstag den 11. Oktober, nachmittags 3 Uhr, auf dem alten Sudenburger Friedhof statt.

